



Hannover, 8. Juni 2009

**Bildungsforscher Prof. Dr. Klemm warnt vor alarmierendem Lehrermangel:  
Ab 2010 fehlt die Hälfte des Nachwuchses  
GEW fordert Regierung zu Bildungsgipfel mit Hochschulen auf**

Der bekannte Essener Bildungsforscher Prof. Dr. Klaus Klemm legte am Montag, den 8. Juni ein Gutachten zum künftigen Lehrerberuf von 2010 bis 2020 vor. Er bezeichnet die Lage als alarmierend. Nur weniger als die Hälfte der durch Pensionierung ausscheidenden Lehrkräfte kann von 2010 bis 2015 durch junge ersetzt werden. Dies ergibt eine Analyse der Daten des Statistischen Bundesamtes über die Entwicklung der Anzahl der Studierenden, der Referendare und der Abbrecherquote.

Das „Neuangebot“, das um 2013/14 kaum über 2.100 Personen liegen wird, fällt in den Jahren zwischen 2010 und 2015 deutlich hinter den dann jährlich benötigten etwa 4.200 Personen (konstanter Stellenbestand) zurück. Selbst wenn die gegenwärtige schlechte Personalversorgung mit einer konstanten Schüler/Lehrer-Relation aufrechterhalten wird, würde die erforderliche Anzahl von 2.900 junge Lehrerinnen und Lehrer nicht erreicht. Verschärft wird diese Perspektive noch dadurch, dass die zur Verfügung stehenden Absolventen mit ihren studierten Lehrämtern und Fächern erfahrungsgemäß die Schulformen und die Fachnachfrage nicht abbilden werden.

In den letzten Jahren haben sich viel zu wenig Abiturienten für ein Lehramtsstudium entschieden. Die Abbrecherquote von 40% im Studium und von 10% im Referendariat verschärfen diesen Trend noch, erläutert Klemm die Ursachen für die drohende Verschlechterung der Personalausstattung der Schulen in Niedersachsen.

Klemm verweist darauf, dass die Anzahl der Plätze in der Lehramtsausbildung in Niedersachsen zu gering ist. Dies sei ein „schwerwiegendes Problem“, zumal Niedersachsen schon in der Vergangenheit mit seiner Ausbildungsleistung in Hochschulen und in Seminaren hinter dem eigenen Einstellungsbedarf zurückgeblieben und deshalb auf ‚Importe‘ angewiesen war.

**GEW fordert Maßnahmen zur Verbesserung der Lehrerbildung**

Der GEW-Landesvorsitzende erklärte: „Die GEW hat seit Jahren auf die bevorstehende Pensionierungswelle hingewiesen und dringende Maßnahmen zur Verbesserung der Lehrerbildung und für eine höhere Attraktivität des Berufs gefordert.“ Die Landesregierung habe dies vollständig ignoriert. „Ministerpräsident Wulff muss endlich erkennen, dass er sich irrt, wenn er verkündet, ab 2011 werde die Personalsituation in den Schulen entspannter. Das Gegenteil ist der Fall.“ Der von der GEW vorgelegte Katalog mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen werde von den lehramtsausbildenden Abteilungen der Hochschulen geteilt. Dies sei bei den Beratungen im Wissenschafts- und Kultusausschuss deutlich geworden. Es sei unverständlich, warum die Landesregierung untätig zusehe, wie an Hochschulen die Kapazitäten in der Lehrerbildung abgebaut würden, wie in Lüneburg, Hannover und aktuell in Oldenburg. „Die Personalsituation in der Lehrerbildung und die Studienbedingungen müssen kurzfristig verbessert werden. An dem vom Landeselternrat geforderten Bildungsgipfel müssen auch die Hochschulen und das Wissenschaftsministerium beteiligt werden.“

Henner Sauerland, Schulstatistikexperte der GEW-Niedersachsen, berichtete über die massiven Probleme, die Personalversorgung für das kommende Schuljahr insbesondere an Gymnasien und Gesamtschulen zu sichern. Die Erhöhung der Arbeitsbelastung der Beschäftigten löse das Problem nicht. Hunderte von Personalmaßnahmen seien noch nicht abgeschlossen. Der Unmut in den Schulen wachse, weil die Personalplanung für das kommende Schuljahr immer noch „in der Luft hänge“. Schuld an dem Dilemma seien nicht die Landesschulbehörde oder gar die Personalvertretungen, sondern die Unfähigkeit der Landesregierung, sich um eine ernsthafte, von allen getragene Lösung der Personalmisere zu kümmern.

Die GEW fordert von der Landesregierung eine klare Perspektive für die Zukunft der Personalversorgung in den Schulen, die die Verbesserung der gegenwärtigen Lage ermöglicht. Prof. Klemm habe wertvolle Hinweise gegeben, dass bis 2020 alle Stellen erhalten werden müssten und sogar weitere zusätzliche Stellen erforderlich seien.

### **Klemm zur künftigen Bedarfsabschätzung**

Die Bedarfsabschätzung, die davon ausgeht, dass die durch die demographisch bedingte Reduktion der Schülerzahlen frei werdenden Mittel (‚Demographierendite‘) weiter dem Schulsystem zur Verfügung stehen werden, ist durch die Erklärung der Ministerpräsidenten auf dem Dresdener ‚Bildungsgipfel‘ im Herbst 2008 weitgehend gedeckt. In dieser Erklärung heißt es: „So weit sich aus der demografischen Entwicklung Ressourcenspielräume ergeben, werden die Länder sie insbesondere zur Verbesserung der Bildungsqualität nutzen.“

Klemm benennt folgende mögliche Verbesserungen:

- Ausbau der Ganztagschulen,
- Verkleinerung der Klassenfrequenzen und damit verbesserte Voraussetzungen für einen individualisierenden Unterricht,
- Förderung der Schülergruppe, die gefährdet ist, die allgemein bildenden Schulen ohne Schulabschluss zu verlassen,
- Ausbau vollzeitschulischer berufsqualifizierender Ausbildungsangebote zum Abbau von Ausbildungslosigkeit sowie
- Verringerung der Unterrichtszeiten der Lehrer und Lehrerinnen.

Klemm: „Dass die in Folge der Verringerung der Schülerzahlen frei werdenden Ressourcen, auch wenn sie im Schulsystem bleiben, generell nicht ausreichen werden, die hier aufgeführten Verbesserungen in den Schulen zu finanzieren, mag ein Hinweis darauf verdeutlichen, dass die Einführung des Ganztagsunterrichts an den betroffenen Schulen eine Personalausweitung auf 130% erfordert. Wenn der gebundene Ganztagsbetrieb für ein im Vergleich zum gegenwärtigen Stand zusätzliches Drittel der Schülerinnen und Schüler allgemein bildender Schulen eingeführt würde, hieße dies, dass im Jahr 2015 zusätzlich zu den insgesamt etwa 64.000 Lehrerstellen, die als Gesamtbedarf ausgewiesen werden weitere etwa 5.100 Stellen, also insgesamt etwa 69.000 Stellen, erforderlich werden. Danach blieben von der ‚Demographierendite‘, bei der etwa 74.000 Stellen verfügbar wären, nur noch etwa 5.000 Stellen für weitere Verbesserungen übrig.“

Verantwortlich: Richard Lauenstein